

V-1 Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik: Menschlichkeit statt Abschottung

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir als GRÜNE JUGEND fordern eine (menschen-)rechtsbasierte Asylpolitik und eine
2 gerechte und solidarische Integration auf Augenhöhe.

3 In den vergangenen Jahren hat sich die Asylpolitik in Deutschland und Europa
4 massiv verschlechtert. An den europäischen Außengrenzen sterben nach wie vor
5 täglich Menschen. Rechtswidrige Pushbacks und weitere Menschenrechtsverletzungen
6 gegen Geflüchteten durch staatliche Institutionen sind an der Tagesordnung.
7 Internationale Abkommen der EU, wie z.B. das mit der libyschen Küstenwache,
8 liefern Geflüchtete den Händen von kriminellen Schleppern aus und führen zu noch
9 mehr Leid und noch mehr Toten. In Deutschland wurden der Zugang zu Asylverfahren
10 und die Aufnahmebedingungen für Geflüchtete durch anlasslose Grenzkontrollen und
11 die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber*innen unter dem Deckmantel der
12 Terrorismus-Bekämpfung weiter erschwert. Bürokratische Hindernisse, lange und
13 teilweise menschenunwürdige Lebensverhältnisse, fehlende finanzielle Mittel,
14 sowie der fehlende politische Wille führen dazu, dass die Integration der
15 Menschen, die in Deutschland und Europa Zuflucht finden, unnötig erschwert wird.
16

17 Die deutsche und europäische Asylpolitik ist eine Politik der Abschottung, der
18 Illegalität und der Unmenschlichkeit, die dem falschen und mehrfach
19 wissenschaftlich widerlegten Mythos folgt, dass durch Abschottung und
20 Grausamkeit Flucht und Migration reduziert werden könne. Wir tragen diese
21 Politik nicht mit und fordern die Grüne Partei auf, wo immer sie in Regierungen
22 und Parlamenten in Verantwortung ist, weitere Einschränkungen der Rechte von
23 Asylbewerber*innen abzulehnen und entgegenzutreten

24 Die Debatte in Deutschland ist von menschenfeindlichen und populistischen Ideen
25 dominiert. Sie wird durch gezielte Desinformationskampagnen geprägt und wird der
26 Notwendigkeit einer solidarischen Migrationspolitik nicht gerecht.

27 Wir fordern, Politik für alle Menschen zu machen und den Schwerpunkt der Debatte
28 auf die Verbesserung der Integration sowie auf die Verbesserung der

29 Fluchtumstände und der wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen zu legen, anstatt
30 dem Rechtspopulismus, der ohne gesellschaftliche Problemen zu lösen die
31 Migration begrenzen möchte, nachzugeben.

32 Das Recht auf ein faires und unvoreingenommenes Asylverfahren mit zeitnahen
33 Entscheidungen ist für das Ankommen und Einleben in Deutschland Voraussetzung
34 und muss das politische Ziel sein. Das umfasst unter anderem den barrierearmen
35 Zugang zu Bildung und Wohnraum, sowie Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen und
36 soziale Teilhabe. Dazu gehören unter anderen Investitionen in Sprachkurse,
37 Schul- und Erwachsenenbildung, sowie Flüchtlingsunterkünfte. Auch gegen
38 systematische Diskriminierung und rassistische Gewalt muss aktiv vorgegangen
39 werden.

40 Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, sichere Fluchtwege zu
41 schaffen. Mit eigenen Booten und Flugzeugen muss ermöglicht werden, dass
42 Menschen aus Krisengebieten leicht fliehen können. Wir setzen uns auch für
43 Sonderaufnahmeprogramme ein, wie z.B. aus Gaza oder dem Libanon. Das Sterben auf
44 dem Mittelmeer muss beendet und Seenotrettung vollständig legalisiert werden.
45 Frontex muss abgeschafft werden und haftähnliche Bedingungen in
46 Flüchtlingslagern müssen sofort beendet werden. Menschenrechtsverletzungen an
47 den EU-Außengrenzen müssen aufgedeckt, bestraft und systematisch verhindert
48 werden.

49
50 Wir lehnen Migrationsabkommen der EU mit Herkunft- und Transitländern von
51 Geflüchteten ab, die einzig und allein dem Ziel dienen, Flucht nach Europa zu
52 verhindern und/oder einzudämmen. Solche Abkommen sind aus den Erfahrungen mit
53 Ländern wie Libyen, der Türkei und Tunesien erstens nicht wirksam, führen
54 zweitens zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten und
55 finanzieren drittens kriminelle und autokratische Strukturen. Stattdessen
56 braucht es internationale Zusammenarbeit, die Flucht und Migration ermöglicht
57 und sie sicher und gerecht gestaltet. Wir lehnen das Konzept der "sicheren
58 Drittstaaten" und "sicheren Herkunftsländer" ab und setzen uns für einen
59 sofortigen, dauerhaften Abschiebestopp ein.

60 Deutschland und Europa haben im Bereich der globalen Partnerschaften unter
61 anderem aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit, vor dem Hintergrund globaler
62 Gerechtigkeit und Klimaverantwortung eine besondere Verantwortung und auch
63 historische Schuld. Neben der solidarischen Migrations- und Integrationspolitik
64 muss der Fokus zusätzlich auf der Bekämpfung der Fluchtursachen liegen - Dieser
65 Verantwortung können Deutschland und Europa nur teilweise gerecht werden, indem
66 nötige finanzielle Mittel in ausreichender Höhe entsprechend bereitgestellt
67 werden. Die bisherige Konzeption der Entwicklungspolitik muss kritisch
68 hinterfragt werden. Geld allein ist nicht die Lösung, sondern es Bedarf eines
69 regen Wissenstransfers, einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Transparenz gegen
70 Korruption, der Wahrung kultureller Identitäten, Friedenssicherung - im
71 Allgemeinen einem Zugeständnis die Lebensbedingungen vor Ort drastisch zu

72 verbessern. Dabei müssen neokoloniale Abhängigkeiten vermieden werden.

73 Unser Ziel ist ein offenes Europa der Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt.

74 Gerade jetzt, wo diese Selbstverändlichkeit der demokratischen Grundordnung von
75 (rechten) Populist*innen und Rechtsextremen bedroht wird, liegt es an uns, dieses
76 zu schützen und zu verwirklichen.

77 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. – Rücken wir die Menschlichkeit
78 wieder in den Fokus der Gesellschaft und der Debatte!